



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Vom preußischen Landtage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Kaisers auf üblichem Wege mitgetheilt hatte, erklärten sich die Wegelagerer zufrieden gestellt. Sie motivirten in einem an den Herzog gerichteten plattdeutschen Briefe ihre Haltung, erklärten den Herzog für völlig frei, seines Versprechens überhoben, nachdem der Kaiser und befreundete Fürsten die weiteren Geldzahlungen verboten und sie zugleich die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß der Herzog sich während seiner Gefangenschaft allzeit seinem Gelübde gemäß gehalten habe. Sie erklärten ausdrücklich, die abgezahlten 12,000 Gulden als „ganze Schatzung“ anerkennen zu wollen und verpflichteten den Herzog und seine Mitgefangenen nur noch zu der ausdrücklichen Erklärung, welche an dem bewußten Zahlungsorte durch Abordnung eines Gesandten abgegeben werden mußte, daß der Herzog die ihm vorgeschriebene Urfehde für alle Zeiten halten wolle.

Damit schließen die Nachrichten über jene Vorkommnisse, die ein lehrreicher Beleg dafür sind, wie schwer es den politischen Gewalten Deutschlands fiel, Willkühr zu bestiegen und geordnete Zustände im Reiche deutscher Nation einzuführen und zu befestigen.

C. A. S. Burkhart.

## Vom preußischen Landtage.

Berlin, 28. Oktober.

Die erste Woche der Session liegt hinter uns, mit ihr eine jener großen Debatten, welche die Tribünen bis in den letzten Winkel zu füllen pflegen. Man kann indeß nicht behaupten, daß in dem Redeturnier der letzten zwei Tage nur leeres Stroh gedroschen wäre. Die Lage bedurfte der Klärung. Und dieselbe ist erreicht, soweit sie im gegenwärtigen Augenblicke überhaupt möglich war.

Unbestreitbare Thatsache ist, daß die letzten Wochen vor der Eröffnung des Landtages eine lebhaftere Benruhigung der Gemüther hervorgerufen hatten. Man hatte sich während des Sommers in sorglose Behaglichkeit eingewiegt. Die „Kanzlerkrise“, welche im Frühjahr das ganze politische Leben beherrscht hatte, war fast vergessen, die Dinge schienen ruhig im alten Geleise zu gehen. Gegen das Ende der todten Jahreszeit kamen die üblichen Gerüchte über die den parlamentarischen Kreisen zugeordneten Aufgaben. Mit Genugthuung nahm man in liberalen Kreisen die Nachricht entgegen, daß für den preußischen Landtag im Ministerium des Innern aufs Neue der Entwurf einer Städteordnungs-

reform, unter wesentlicher Berücksichtigung der im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhaus gefaßten Beschlüsse, ausgearbeitet sei. Da erschien Fürst Bismarck auf einige Tage in Berlin und mit einem Schlage war die Situation wie umgewandelt. Der Städteordnungsentwurf war im Staatsministerium verworfen worden, und sein Urheber, der Minister des Innern Graf Eulenburg, reichte seine Entlassung ein. Es verbreitete sich das Gerücht, daß die Verwaltungsreform sistirt sei. Bald darauf wurde das Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg abgelehnt und ihm ein sechsmonatlicher Urlaub erteilt. Zugleich wurde von offiziöser Seite betont, daß die Kanzlerkrise fortbestehe und daß das Wie ihres endlichen Abschlusses davon abhängen würde, ob die umfassenden Reformpläne des Fürsten Bismarck sowohl oben wie unten die erforderliche Unterstützung finden würden. Es blieb also Alles in der Schwebe.

Schwerlich hat sich jemals eine Volksvertretung im Augenblicke ihres Zusammentrittes einer unklarerer Lage gegenüber befunden, als diesmal der Landtag. Die Thronrede beseitigte nicht die vorhandenen Zweifel; in dem Punkte, auf welchen es im Rahmen des preußischen Staatswesens vor Allem ankam, in der Stelle über die Verwaltungsreform, bestärkte sie dieselben fast noch. Unmöglich konnte das Abgeordnetenhaus zu dieser Sachlage schweigen. Es lag nahe, das Schreiben des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, in welchem dem Hause die Beurlaubung des Grafen Eulenburg und seine Vertretung durch den Minister Friedenthal angezeigt wurde, zum Gegenstand einer Besprechung zu machen. Man durfte voraussetzen, auf diesem Wege eine bindige Erklärung der Regierung zu erlangen, auf Grund welcher das Haus Stellung nehmen könnte. Fortschrittspartei und Centrum aber hielten für gut, diese Erklärung gar nicht erst abzuwarten. Die erstere glaubte auf Grund des erwähnten unklaren Passus der Thronrede eine in der inneren Politik der Staatsregierung eingetretene Wandlung konstatiren zu können, und beantragte, zu erklären, daß durch diese Wandlung im Zusammenhange mit der Beurlaubung des Ministers des Innern die als nothwendig erkannte Fortentwicklung der Gesetzgebung geschädigt und die konstitutionelle Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtage beeinträchtigt werde. Das Centrum seinerseits wollte von der Regierung eine Gesetzesvorlage über eine feste Organisation des Staatsministeriums und die Verantwortlichkeit der Staatsminister zu fordern wissen. Korrekter handelten ohne Zweifel die übrigen Parteien, indem sie ohne vorgefaßte Meinung in die Verhandlung eintraten.

Die Erklärung des Ministers Friedenthal suchte die beiden Erwägungsgründe der Fortschrittspartei von vornherein zu entkräften. Die Behauptung einer Beeinträchtigung der konstitutionellen Verantwortlichkeit der Minister widerlegte er mit einer unzweideutigen Darstellung der Natur der von ihm

übernommenen Stellvertretung. Herr Friedenthal ist danach für die nächsten sechs Monate vollkommen selbstständiger Minister des Innern, mit der vollen Verantwortlichkeit für dieses Ressort. Die angebliche Wandlung in der inneren Politik der Staatsregierung aber stellte er entschieden in Abrede. Im Geiste und auf der Grundlage der Kreisordnung von 1872 soll die Verwaltungsreform zu Ende geführt werden. Der Vicepräsident des Staatsministeriums Camphausen säumte nicht, diese Versicherungen im Namen der Regierung zu bekräftigen.

Die Frage war, ob Angesichts dieser Erklärungen das von der Fortschrittspartei beantragte Mißtrauensvotum als berechtigt gelten könne. Sicherlich lag kein Grund vor, die konkrete Thatsache der Beurlaubung des Grafen Eulenburg zum Ausgangspunkte eines solchen Votums zu machen. In Frage konnte nur kommen, ob eine sechsmonatliche Stellvertretung im Prinzipie als dem Geiste einer konstitutionellen Verfassung entsprechend zu betrachten sei. Die Ernennung und Beurlaubung der Minister gehört zu den Prärogativen der Krone, formell kann also im vorliegenden Falle nichts eingewendet werden. Unter den Umständen aber, unter welchen dieser Fall eingetreten, ist er das Symptom einer Unklarheit in der inneren Lage, welche mit einer erspriesslichen konstitutionellen Staatsentwicklung auf die Dauer nicht verträglich ist. Pflicht der Freunde einer solchen Entwicklung war es, auf diese Unverträglichkeiten hinzuweisen und Beseitigung der Unklarheit zu fordern. Aber was berechtigte dazu, aus dieser Unklarheit einen ausgemachten Wandel in der inneren Politik herauszulesen? War denn Graf Eulenburg wirklich die einzige Garantie für die Durchführung der Verwaltungsreform? Es ist wahr, Graf Eulenburg hat das Gesetzgebungswerk der Kreisordnung, nachdem er es einmal begonnen, mit Zähigkeit durchgeführt. Aber alle Welt weiß, daß er in der ganzen Angelegenheit der Verwaltungsreform stets mehr der Geschobene, als der Schiebende war. Seine Thätigkeit auf diesem Felde hatte weder Initiative noch Planmäßigkeit. Bei der Verathung der Provinzialordnung erlebte man die seltsame Erscheinung, daß Graf Eulenburg während der Dauer der Session seine Anschauung in sehr wesentlichen Punkten vollständig änderte. Zum schwersten Vorwurfe aber gereicht ihm, daß er zwar neue Verwaltungsgesetze schuf, zur Ausführung derselben aber den alten und notorisch vielfach widerstrebenden Apparat möglichst unverändert beibehielt. Und nun soll die Thatsache, daß dieser Mann sich von den Geschäften zurückzieht, die Umkehr der inneren Politik zur Reaktion bedeuten? In der That, eine drollige Zumuthung an den gesunden Menschenverstand! Aber unsere Fortschrittspartei will es so. Was liegt ihr daran, daß Graf Eulenburg ersetzt ist durch einen Mann, der zum Zustandekommen der Kreisordnung reichlich ebensoviel beigetragen hat,

wie der Minister selbst? Was liegt ihr daran, daß dieser Mann, und daß mit ihm das ganze Staatsministerium sich mit seiner Ehre dafür verbürgt: die Verwaltungsreform ist nicht aufgegeben, sie wird im bisherigen Geiste zum Abschluß gebracht werden? Die Fortschrittspartei erklärt den Ministern: die Entscheidung liegt nicht bei Euch, sondern beim Fürsten Bismarck; darum trauen wir Euren Versprechungen nicht. Für den Widerspruch im eigenen Raisonnement, die einzelnen Minister dem Ministerpräsidenten gegenüber als Nullen darzustellen und gleichzeitig das ganze Heil der Verwaltungsreform an die Person des bisherigen Ministers des Innern zu knüpfen, scheint man auf jener Seite gar kein Auge zu haben.

Allerdings konnten die Erklärungen der Regierung nicht vollständig befriedigen. Den Liberalen ist niemals zweifelhaft gewesen, daß die Verwaltungsreform sich nicht allein auf die Kreis- und Provinzialordnung sowie auf die Behördenorganisation, sondern auch auf die Städteordnung und die Landgemeindeordnung zu erstrecken haben würde. Nach den jetzigen Andeutungen des Ministers Friedenthal leugnet die Regierung nicht die Reformbedürftigkeit der Städteordnung und die Nothwendigkeit einer Landgemeindeordnung, aber sie betrachtet diese Aufgaben nicht als integrirende Bestandtheile des die Gesetzgebung zur Zeit beschäftigenden Reformplanes. In diesem Punkte befindet sie sich im Gegensatz auch zur nationalliberalen Partei — eine Differenz, welche von Lasfer klar und scharf betont wurde. Aber sollte die nationalliberale Partei um dieses Punktes willen den Männern, welche sie seit Jahren unterstützt, plötzlich ihr ganzes Vertrauen entziehen, und mehr noch: sollte sie um dieses Punktes willen das Chaos heraufbeschwören, welches einem Mißtrauensvotum unfehlbar gefolgt wäre? Sie hat geglaubt, im Interesse des allgemeinen Besten zu handeln, indem sie der Fortschrittspartei den Rücken kehrte, andererseits aber der Regierung die Nothwendigkeit einer Verständigung über jene Differenz nicht verhehlte, wenn anders sie der Unterstützung der Partei auch ferner sicher sein wolle.

Damit war das Schicksal des fortschrittlichen Antrages entschieden. Derjenige des Centrums trat von Anfang an in den Hintergrund, obgleich seine Urheber schließlich noch den Zugus einer namentlichen Abstimmung für denselben in Anspruch nahmen. Der Antrag gehörte nicht zur Sache, diente lediglich als Dekorationsstück und ermöglichte dem Centrum, sich von der Fortschrittspartei, nach dem überaus treffenden Ausdruck des Herrn Virchow, vor aller Welt die Schleppe tragen zu lassen — sonst hatte es keinen Zweck; die ultramontanen Herren hüteten sich wohl, die fortschrittliche Freundlichkeit zu erwidern. So stand schließlich die engere Gefolgschaft der Richter und Virchow vollständig isolirt. Dafür wird an den bösen Nationalliberalen grausame

Rache genommen werden. Und vielleicht ging die ganze Taktik nur darauf hinaus, für solches Vorgehen einen plausibeln Vorwand zu erhalten.

## Literatur.

Zwei Jahre im Sattel und am Feinde. Erinnerungen aus dem Unabhängigkeitskriege der Konföderirten von Hero von Borcke, ehemals Stabschef des General J. E. B. Stuart. Aus dem Englischen übersetzt von Kaepler, Oberstlieutenant und Kommandeur des 2. Schlessischen Husaren-Regiments Nr. 6. Zwei Bände. Berlin, 1877. E. S. Mittler und Sohn.

Die Stellung des Verfassers während des Bürgerkrieges der Vereinigten Staaten, erhellt aus dem Titel. Wir erfahren aber aus dem interessanten Buche noch einen guten Theil mehr als dasjenige, was Hero von Borcke als Stabschef des schneidigen südstaatlichen Reitergenerals Stuart im Heere der Konföderirten gesehen und geleistet hat. Denn ehe Borcke es zu dieser Stellung gebracht, hatte er bereits in hundert Gefechten und Schlachten, bei kühnen Erkundungsritten und feindlichen Ueberfällen, für den Süden seine Haut zu Markte getragen. Es war wirklich enthusiastische Begeisterung für die Sache der amerikanischen „Rebellen“, keineswegs abenteuerlicher Schlachtendurst, welcher den ehemaligen Preuß. Dragoneroffizier veranlaßte, an Bord des Dampfers Rätthe die Blokade von Charlestown zu brechen und wildfremd im fremden Lande — seine Empfehlungsbriefe hatte er unterwegs verbrannt, als ein nordamerikanisches Kriegsschiff den englischen Blockadebrecher Hero, auf dem er von England ausgelaufen war, anhielt und durchsuchte — sich eine Stelle im Heer der Konföderirten zu suchen. Durch Zufall wurde er an General Stuart gewiesen. — Die Regierung zu Richmond verhielt sich sehr zugeknöpft gegen das Angebot seines Degens für ihre Sache — und General Stuart erkannte in dem preussischen Riesen schon nach wenig Stunden seiner Bekanntschaft und Beobachtung einen der tüchtigsten Reiteroffiziere, dem er jemals im Leben begegnet war. Borcke verstand und sprach kaum Englisch, als er den amerikanischen Boden betrat und dennoch verband ihn, schon ehe er sich in der Landessprache deutlich ausdrücken konnte, eine innige Freundschaft mit Stuart, ein Band, das später immer enger geknüpft, und nur durch den Tod des kühnen Generals gelöst wurde.

Borcke's Buch, das zuerst in Blackwoods Magazin englisch erschien, ist kein Geschichtswerk, nicht einmal ein militärwissenschaftliches oder kriegsge-